

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich  
4.20 Mark, durch die Post 4.00 Mark  
auszuschließen. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
Code-Zustellungsnummer. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.  
General-Verwaltung: Halle, Nr. 1142,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133;  
Der Bezug-Abteilung Nr. 1133;  
Dofschod-Roma Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

**Angabe**  
werd. 8. 1/2 geölt. 38 mm dr. Roten-  
zeile od. der. Raum mit 36 Bl. a. 10  
10". Zuschlag berechnet und in auf.  
Annahmestellen a. allen Anzeigen-  
geschäfts-agen. Zeilen von 78 mm  
breite Seite 1 Bl. a. 10". Zuschl.  
Anzeigen Annahmestellen: Halle,  
11. Str. für die Sonntags-Dr. ab. 6  
Uhr. Abbestellungen, soweit zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen.  
Erschließungszeit: Halle, Erbsied  
11. 1/2 u. 2. 1/2. Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. a. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Neue Promenade 1a. Dr. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: 22.  
März 24 und Große Dofschodstr. 52.

Nr. 270.

Halle, Mittwoch, den 12. Juni.

1918.

## Schwere feindliche Niederlagen im Westen

Die Abwehr der französischen Gegenangriffe. — Eine große Zahl feindlicher Panzerwagen zerschossen. — Erhöhung der Gefangenenzahl bei der Armee Hutier auf 13 000. — Die neuen Fortschritte.

### Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Juni.

Westlicher Kriegshauptlag.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artilleriekommando westlicher Stille. Die Infanteriestärke ist  
auf Grundbeschieße beschränkt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals v. Hutier  
westlich den erwarteten, zur Wiederaufnahme des Höhenkampfes süd-  
westlich von Noyon geführten großen Vorstoß mehrerer französischer  
Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schweren Verlusten  
wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von Le Plovron  
bis Antheit zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz  
gebrachten Panzerwagen liegen zerschossen auf dem Kampfplatze.  
Zwischen Metz und Sedan, wo der feindliche Aufmarsch an unserm  
Gegensatz scheiterte, dauerten erbitterte Kämpfe bis zur Dunkel-  
heit an. Das westliche Niederufer nördlich der Mos-Mündung  
wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee ein-  
gebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 13 000 erhöht.

Der Verlust der Höhen südwestlich von Noyon zwang den  
Feind zur Abnahme seiner Stellungen im Carlepoint-Walde,  
auf dem Hutier der Dife. Dem weitestenden Feinde stehen wir  
über Carlepoint und Calsnes hart nach und erreichen  
kämpfend die Linie nördlich von Bailly-Trang-De Val,  
westlich Hampele.

Hartnäckig und ohne Opfer scheuend lehnte der Feind seine  
vergeblichen Angriffe nordwestlich von Choleau-Thierry fort.  
Mehrfacher Infanterie brach hier blutig zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### 10 500 Tonnen versenkt.

Berlin, 11. Juni. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um  
England sind neuerdings durch die Taktik unserer  
U-Boote

10 500 T. a. T.

Handelschiffseum vernichtet worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Abwartende Haltung der Pariser.

Basel, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die „Morning-  
post“ meldet am Dienstag aus Paris: Die Vorzüge an der  
Front werden von der Bevölkerung ohne Bestimmtheit be-  
sprochen. Die Bevölkerung der Hauptstadt ist ruhig und er-  
wartet mit Interesse die Gegenmaßnahmen der Alliierten.

### Eine neue Versicherung Clemenceaus.

„Compigne ist nicht bedroht.“

Basel, 12. Juni. (Privattelegramm.) „Daily Mail“  
meldet am Dienstag aus Paris: Clemenceau wiederholte bei  
seiner Rückkehr von der Front gegenüber den Pressevertretern  
die Versicherung, daß Compigne nicht bedroht ist.

### Französische Eingeständnisse der Verluste.

Genf, 12. Juni. (Privattelegramm.) „Petit Journal“  
meldet von der Front: Wir haben uns mit der Preisgabe  
französischen Bodens abgefunden, da sie nur vorübergehend  
sein kann. Die Rücknahme unserer Linien bei Noyon in der  
Nähe auf Compigne ist nicht ohne Verluste verlaufen,  
wie an einigen Brennpunkten erheblich waren.

### Pariser Stimmungen.

Bern, 12. Juni. (Privattelegramm.) In der „Humanität“  
meldet am Montag mit Clemenceau habe seine Rede im „Journ-  
al officiel“ abändern lassen. Die Rede habe dadurch wesent-  
liche Veränderungen erfahren, um die Ausdrücke zu vertuschen,  
die einen niederschmetternden Eindruck im Westen hätten  
machen können. Nach dem französischen Presseorgan  
schreibt Albert Thomas über die französische Kammerführung  
vom 4. Juni, die Kammer hätte der Regierung mit großer  
Mehrheit ihr Vertrauen ausgesprochen, aber das Vertrauen war  
nicht vollständig. Unsere militärische Lage ist sehr ernst.  
Deshalb sind sofort und nicht erst in einigen Monaten wic-  
tige Entscheidungen notwendig, die teilweise schwierige Natur  
sind. Aber wir müssen getroffen werden, damit das Land voll-

kommenes Vertrauen in seine Führer hat. Die „Humanität“  
sagt, Clemenceau habe erklärt, daß das heutige Kabinett ge-  
wisse politische Bestrebungen begünstigen werde. Damit wisse  
er aus in die keine Opposition zurück. Es gehen Gerüchte um  
über gewisse Vorbereitungen der Regierung, genau so, wie  
über gewisse Maßnahmen der Vergangenheit.

### Die Luftangriffe hinter der Front.

Zürich, 12. Juni. (Privattelegramm.) „Secolo“ meldet  
aus Paris: Im Kaiser Gemeinderat wurde auf eine Be-  
stimmung bei der Regierung erwidert, es liege für Frankreich  
kein Grund vor, mit dem Feinde über die gegenseitige Ein-  
stellung der Luftangriffe auf Städte außerhalb des Opera-  
tionsgebietes zu verhandeln, sofern der Feind nicht ein  
solches Bugehren von selbst ausprobiere. „Secolo“  
berichtet ferner, daß auch amerikanische Flieger in immer  
größerer Anzahl sich an der Beteiligung der Hauptstadt be-  
teiligen.

### Kriegswahnsinn amerikanischer Weiber.

Bern, 12. Juni. (Privattelegramm.) Der Kriegswahnsinn  
scheint in Amerika die Weiber noch mehr gepackt zu haben.  
10 Weiberhände mit mehr als 30 000 Briefen haben  
sich zu einem Nationalstreik gegen die deutsche Kultur in  
Amerika vereinigt, mit dem Hauptziel, die deutschen Zeitun-  
gen, die in Amerika verbreitet sind, zu verbieten. Die  
Weiber, auf deutsche Kultur und auf den öffentlichen Gebrauch  
der deutschen Sprache abgesehen.

### Die Krakauer Beschlüsse.

WTB. Wien, 11. Juni. (Melbung des Wiener K. u. K.  
Korresp.-Bureaus.) Die Alliierten stellen fest, daß durch die  
geleitete in Krakau gefassten Beschlüsse des parlamentarischen  
Auslasses des Polenklubs, die die Entwertung der Regie-  
rung Seiner fordern, die parlamentarische Lage eine jähe  
Wendung erfahren habe. Es wird nunmehr die Einberufung  
des Reichsrats als in Frage gestellt betrachtet. Eine Ent-  
scheidung wird nicht vor Ende der Woche erwartet. Von  
polnischer Seite wird betont, daß die Beschlüsse des parla-  
mentarischen Ausschusses des Polenklubs ein Bekenntnis zum  
Staate bedeuten und sich für die Staatsnotwendigkeiten und  
für eine Verständigung mit den deutschen Parteien erklären.  
Auf deutscher Seite erklärt man dagegen in den Beschlüssen  
eine Spitze gegen die nationalpolitischen Interessen der  
Deutschen, wodurch die Verhandlungen über eine An-  
näherung ein günstiges Ergebnis als fraglich erscheinen lassen.

### Der Friede im Südkaukasus.

Konstantinopel, 11. Juni. (Privattelegramm.) Wie die  
Alliierten melden, beschließt Zustimmung der Alliierten aus Ba-  
tum, daß der Friede mit den Delegierten des Südkaukasus  
unterzeichnet werden ist.

### Das Arbeitskammergesetz im Ausschusse

Im Reichstagsausschuss für das Arbeitskammergesetz gab  
Geh. Oberregierungsrat Siegfried im Namen der Regierung  
zu dem Beschluss auf Errichtung von Arbeitskammern auf  
räumlicher Grundlage ohne Zwang, auf Vertretung der be-  
sonderen Interessen der Arbeitnehmer neben der Vertre-  
tung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer die Erklärung ab, daß die Verbündeten Regierungen  
diesem Beschluss nicht zustimmen könnten, sich gleichwohl aber  
an der weiteren Beratungen beteiligen könnten in der Hoff-  
nung, bis zur zweiten Lesung zu einer Beschleunigung mit den  
Parteien zu kommen. Die Regierung könnte sich höchstens  
für den Antrag 7 imborn erklären, der Sachkammern für die  
hauptächlichsten Industrie- und Berufszweige, abgegrenzte  
Kammern für die übrigen lebenden Gewerbezweige vorschlägt.  
Auf diese Erklärung der Regierung hin beschloß der Aus-  
schuss, die Verhandlungen abzubrechen, um den einzelnen  
Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der veränderten Lage  
Stellung zu nehmen.

### Ein Kompromiß bei der Weinsteuern?

Der Reichstagsausschuss für die Beratung der Getränke-  
steuern begann am Dienstag die zweite Lesung mit der Wein-  
steuer, in der ersten Lesung ist eine Beschleunigung der Wein-  
steuer von 20 auf 10 Prozent beschlossene worden. Zur zwei-  
ten Lesung liegt nun ein Kompromißantrag vor, die Wein-  
steuer wiederum auf 20 Prozent festzusetzen, den Bundesrat  
jedoch zu ermächtigen und auf Verlangen des Reichstags zu  
verpflichten, nach Kräftigen diesen Satz für Weine bis zu  
2 Mark das Liter auf 15 Prozent zu ermäßigen. Zu einer  
Abstimmung kam es aber noch nicht.

### Der Wille der Mehrheit.

Gegen die Kriegsteilnehmer.

Ueberraschungen hat auch die vierte Lesung der Wahl-  
rechtsnovellen im preußischen Abgeordnetenhause nicht  
gebracht. Der Wille der Mehrheit liegt. Und der „Stag“  
erhielt mit einer noch stärkeren Stimmenzahl als bisher.  
Deutlicher als bisher kam aber auch die  
Volksfeindlichkeit der Mehrheit zum Aus-  
druck, die Volksfeindlichkeit im allgemeinen und die poli-  
tische Feindschaft gegen die Kriegsteilnehmer im besonderen.  
Die ganze Sitzung lief auf eine Verhöhnung  
des Volkes hinaus! Um das festzustellen, braucht  
man nur einmal einen ausführlichen Bericht über die Sitzung  
anzusehen. Die berechtigten Ängste der Linken über die  
Geheimnistuer mit dem sogenannten Kompromißantrag,  
die zu einer Ueberrumpelung durch Verhinberung einer  
öffentlichen Kritik führen sollte, wurden von der Rechten  
mit Geilheit ausgenommen; einzelne Berichte verzeichnen  
mehrfach: Höhnisches Gelächter rechts! In die er angenehmen  
Heiterkeit der Rechten spiegelt sich der Ernst wider, mit dem  
die Mehrheit an die Entscheidung der vierten Lesung dieser  
Vorlagen heranging!

Das Steuerrecht der Reformgesetzgebung soll immer  
weiter und weiter gedrückt werden. Das war dann der  
weitere Sinn der Verhandlungen. Die Vorlage der Regie-  
tung hat eine unendliche Verschlechterung bei der ersten,  
zweiten und dritten Lesung erfahren. Bei der vierten Lesung  
ist gestern diese Verschlechterungsarbeit gründlich fortgesetzt  
worden, so gründlich, daß alle wirklich liberalen Kreise kein  
Interesse mehr an der Arbeit haben und nur noch auf den  
Moment warten können, wo die Regierung das entscheidende  
Votum spricht: Werft das Scheusal in die Volkshölle! Er-  
freulicherweise hat die Regierung durch den Mund des  
Ministers des Innern Dr. Drems aus gestern wieder ver-  
stehen lassen, daß der Antrag der Mehrheit, der von einem  
Kompromiß so gar nichts an sich hat, für die Regierung un-  
annehmbar ist. Besser und wirkungsvoller wäre es aller-  
dings gewesen, wenn die Regierung das längst ersehnte Wort  
von der Auflösung dieser Volkswortung, die auch nicht das  
geringste Gefühl für das Volksempfinden besitzt, ausge-  
sprochen hätte.

Wenn wir dem Gange der gestrigen Verhandlungen  
folgen wollen, so ist zunächst festzustellen, daß inselant  
der Abstimmungen von größter Bedeutung vorgenommen  
worden sind. Alle vier Abstimmungen brachten Ent-  
scheidungen gegen das Volk! In vierfachen Be-  
schlüssen wurde die Entwertung der dritten Wahlen und die  
plutokratische Bevorzugung einer dünnen Wohlvermögensschicht  
festgelegt. Der Wille der Mehrheit verlangt, daß in Preußen  
so irtlich rechtlos sein soll, wer nicht zu ei Jahre an einem  
Orte wohnhaft ist, während bisher die Erlangung des preu-  
ßischen Wahlrechts an einen ein jährigen Aufenthalt an  
dem Orte der Wahl geknüpft war. Obwohl man durch die  
Bestimmung des zweiwährigen Wohnsitzes Tausenden von An-  
gestellten und noch mehr Tausenden von Arbeitern das Wahl-  
recht nimmt, erfolgte die Annahme dieses volksfeindlichen  
Beschlusses gestern mit 223 gegen 188 Stimmen. Würde  
diese Fassung jemals Gesetz werden, dann wird es passieren,  
daß unendlich viel Wähler überhaupt nie Gelegenheit haben,  
sich an der Wahl zum preußischen Abgeordnetenhause zu be-  
teiligen.

Die Regierungsvorlage bei § 3 fiel natürlich auch geltend  
unter den Tisch. Während das gleiche Wahlrecht bei der  
zweiten Lesung mit 235 gegen 183 und bei der dritten mit  
226 gegen 185 Stimmen abgelehnt wurde, erfolgte die Ver-  
schöpfung bei der gestrigen vierten Lesung mit 235 gegen 164  
Stimmen. Dafür kam der aus guten Gründen bis zur letzten  
Stunde geheim gehaltene Antrag Lohmanns-Brandbränd-  
bildes zur Annahme, der nur eine reaktionäre Verschlechterung  
des Antrags Lohmann bei der dritten Lesung ist. Der  
Konmissionsbeschluss der Mehrheit mit dem Stimmenrecht  
war in der zweiten Lesung mit 232 gegen 183 Stimmen ab-  
gelehnt worden, während er bei der dritten Beratung mit 238  
gegen 191 Stimmen verworfen wurde. Der ehemalige  
Antrag Lohmann war bei der dritten Beratung mit 238  
gegen 78 Stimmen abgelehnt worden, während er gestern  
noch seine erheblichen Verschlechterung durch Herrn a. Hepp-  
brand, dem Herr Dr. Lohmann nur ein geringfügiges Verzeu-  
gen ist, mit 255 gegen 164 Stimmen Annahme fand. Der ver-  
schlechterte Antrag der Reaktion wurde so recht deutlich

# Das Reichsteuergesetz im Hauptauschuß.

Die Einbeziehung der Nutzung fideikommissarisch gesicherten Vermögens. — Graf Roeder gegen den sozialdemokratisch-fortschrittlichen Antrag. — Befreiung der Sparkassen von der Umsatzsteuer?

den Willen der Mehrheit auf Entschätzung weiterer Ersparungsstellen. Die zweite Zusatzkommission warben Tausende von Wählern ein, jedoch nicht bekommen. Es waren aber weit weniger als 10 Arbeiter zu beschäftigen. Die Zusatzkommission auf das in der heutigen Zeit schon recht beträchtliche Alter von 50 Jahren werden gerade diejenigen nicht erhalten können, die von jüngerer Jugend an schwer arbeiten mußten, weil diese Altersgrenze eben nicht erreicht wird. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten würden aber nicht nur die Schwächeren der Bevölkerung sein, sondern alle die Millionen von Frontkämpfern, die in Eis, Schnee und Regen für den Befehl und für die Zukunft des Vaterlandes stritten. Die Gesundheit dieser Millionen ist zum mindesten nicht gefördert worden. Vielen Tausenden ist die Gesundheit so beeinträchtigt worden, daß sie bereits das Alter von 50 Jahren nicht erreichen werden. Für diese Beeinträchtigung der Gesundheit, die sie dem Reiche darbrachten, sollen diese Frontkämpfer mit politischer Benachteiligung bestraft werden — nach dem Willen der Mehrheit!

Für ihr Verhalten zur Volkseindringlichkeit erhielt die Mehrheit aber noch Gelegenheit durch ein verbittertes Antrags des linksnationalen Abgeordneten Bagmeier. Der Antrag ging dahin, daß jeder Kriegsteilnehmer es sowie jeder Wähler, der einen eigenen Haushalt führt, eine Zusatzkommission erhalten soll. Auch diesen Antrag lehnte die Mehrheit ab, und zwar mit 251 gegen 147 Stimmen! Wer sich über die Gesinnung der Mehrheit noch im unklaren war, wird solche Klarheit nach dieser unglücklichen Tat erlangen haben. Die Ablehnung des Antrags Bagmeiers wird in der Heimat aus an der Front die heftige Empörung hervorrufen. Diese Tat der Mehrheit wird auch allen künftigen Reichstagsversammlungen der Mehrheit den Boden eröffnen. Beträubt ich es, daß nach einzelnen Berichten selbst Offiziere der Reichsarmee gegen die Einwilligung der Zusatzkommission an Kriegsteilnehmer gestimmt haben. Wir dürfen jedoch annehmen, daß dies nicht Offiziere sind, die den Geist deutscher Kameradschaft in Not und Tod kennen gelernt haben, der unter Heer hart und unüberwindlich macht, sondern Offiziere in Stellungen, wie sie z. B. Graf Spoe zu bekleiden das Glück und die Ehre hat. Das große ironische Wort von dem „Dank des Vaterlandes“ wird nach dem geistigen schwarzen Lager wieder in erhöhtem Maße eine Rolle spielen. Für eine rechtliche Anwendung dieser Ironie liegt jedoch kein Grund vor, denn die Mehrheit noch gestern ist nicht die Mehrheit der Zukunft, nicht die Mehrheit des Volkes. Der Beschluß der Reaktion muß aber auf jeden Fall verbittert werden. Und es ist auch zu befürchten, daß viele politische Erbitterung in den Reihen unserer heldenhaften Kämpfer weiter frucht. Durch eine rechtzeitige Auflösung hätte die Regierung den vorläufigen Beschluß von gestern verhindert und damit die Stimmung der Frontkämpfer nicht beeinträchtigt. Der Regierung muß immer wieder geredet werden, daß die Wahlen die Stimmung viel weniger beeinflusst hätten als die Beschlüsse, wie sie aus der gestrigen Tag drachtel! Deshalb tut die Regierung auch gut daran, wenn sie das Spiel der Reaktion nicht bis ins Unendliche fortsetzen läßt. Anfang Juli steht uns jetzt eine für die Lösung der Wahlreformungen bevor. Wenn der Mehrheit noch weitere Verschönerungen einfallen, wird sie von ihrem Ideenreichtum auf diesem Gebiete auch künftig Gebrauch machen und die Stimmung weiter aufpeitschen. Gegen ein solches Treiben gibt es nur ein Mittel: Die Auflösung!

## Das Branntwein-Monopol.

Der Reichstagsauschuß für das Branntweinmonopol nahm nach der Sitzung keine Verhandlungen mehr auf. Vom Abg. Böcher (D. Fr.) wurde unter Hinweis auf die bei der Wölfeuer und der Weinsteuer beschlossenen Steuerherabsetzungen auch eine entsprechende Ermäßigung der Branntweinsteuer verlangt. Er hielt die Haltung der Regierung gegenüber diesen Herabsetzungen für ungewisshaltig und beantragte Ausweisung der Beratungen, bis sich die Regierung zu diesen Herabsetzungen erklärt hat.

Unterstaatssekretär Schäffer: Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß die beschlossenen Herabsetzungen wieder aufgehoben werden. Es besteht allerdings ein Zusammenhang der Steuerordnungen untereinander und das Gleichgewicht der Belastung durch die einzelnen Steuern muß so aufrecht erhalten bleiben, wie es von der Regierung vorgeschlagen ist.

Abg. Wilm (Sp.): Wenn wir nur eine Ja-Jagd-Maschine sein sollen, dann können wir ja nach Hause gehen.

Unterstaatssekretär Schäffer: Von einer Ja-Jagd-Maschine ist gar keine Rede, aber es mußte auf die Bedeutung hingewiesen werden, die es hat, wenn man solche Herabsetzungen beschließt, ohne an die Folgen in anderen Abgaben zu denken. Die Steuerordnungen stehen in einem inneren Zusammenhang, daran muß man stets denken. Auch der Reichsstaatssekretär Graf Roeder verlangte die Berücksichtigung der Vorlage im Zusammenhang mit den anderen Steuerordnungen. Gewiß werde das Branntweinmonopol jetzt im Reiche noch nichts bringen, aber man müsse bedenken, daß das Monopol mindestens 1 1/2 Jahre zu keiner Durchführung braucht. Der Reichsstaatssekretär fragt an, Einzelfragen in einem Austausch für eine spätere Gelegenheit vorzubereiten, jetzt aber die Grundlagen für das Monopol gestellt zu bekommen. Aus der Mitte des Ausschusses wurde eine gründliche Beratung des Monopols gleichwohl für notwendig gehalten und der Regierung vorgeworfen, daß sie die Vorlage so spät beim Reichstag eingereicht habe. Jedenfalls könne man sich nicht zu einer überleitenden Beratung entschließen, nur weil die Regierung aus äußeren Gründen Wert auf eine gemeinsame Berücksichtigung aller Steuerordnungen lege.

Die Weiterberatung der Monopolvorlage selbst ging bei 53 vor sich, der Rest, was als landwirtschaftliche Brenneren“ anzusehen ist, denen eine Reihe von Vergünstigungen gegenüber den gewerblichen Brenneren eingeräumt werden. Wegen die Fassung der Vorlage werden von verschiedenen Sei-

Die Beratung des Reichsteuergesetzes wurde im Hauptauschuß fortgesetzt. Ein sozialdemokratisch-fortschrittlicher Antrag fordert die Einbeziehung der Nutzung fideikommissarisch gesicherten Vermögens in das Stempelgesetz zu einem Steuerfusse von 10 Prozent.

Abg. Waldstein (Sp.) begründete den Antrag und rechtfertigte die Zufälligkeit des Reichs. Der Antrag trage allen Bedenken Rechnung und solle die bestehende kleine Fideikommisssteuer, die unzureichend sei, ersetzen durch einen Stempel auf den Umsatz gebundenen Besitzes.

Abg. Graf Ermer (kons.): Wenn die Fideikommiss wie die anderen Vermögens auf Steuer herangezogen werden, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Wichtig ist, daß die bestehende Fideikommisssteuer ein ungenügender Ersatz für die jetzige Besteuerung sei. Der Antrag atme eine Vereinigenheit gegen die Fideikommiss, die jetzt schlechter gestellt seien als der freie Besitz schon wegen der Erbschaften in der Besteuerung. Außerdem entgehe ihnen der Wertzuwachs infolge des Krieges.

Reichsstaatssekretär Graf v. Roeder erklärte, daß die verbündeten Regierungen sich nicht auf den Boden des Antrags stellen könnten. Die vorgeschlagene Teuerung sei zum Teil eine Reichsrentensteuer und daher für die Regierung unannehmbar.

Abg. Dr. David (Soz.): Diese Ausführungen sind nicht durchschlagend. Das Reich hat zweifellos das Recht, in das Fideikommiss einzugreifen. Das ist bisher auch schon geschehen. Wenn die Regierung sich jetzt dagegen sträubt, so setzt sie sich dem Vorwurfe aus, eine Steuerquelle unausgenutzt zu lassen, während die Armen und Vermitteln besteuert werden. Die Zantemssteuer sei auch eine Sonder-Einkommensteuer, und am etwas anders handelt es sich hier auch nicht. Die

### Befreiung der Fideikommiss

ist fastlich bereit, denn die Kriegsteuer schon die reichen Leute auf dem Lande. Reiche Leute gründen mit Vorliebe Fideikommiss. Die Steuer lödert ein Vermitteln für den wirtschaftlichen Fortschritt des freien bürgerlichen Besitzes.

Reichsstaatssekretär Graf v. Roeder: Wenn Vorrechte der Fideikommiss bestehen, so beruhen sie auf Landesgesetzen. In das verbriefte gelastete Recht der Fideikommiss kann hier nicht durch eine Sondersteuer eingegriffen werden.

Abg. Gröber (Zentr.): Die Zufälligkeit des Antrags ist nicht zu bezweifeln; anders sieht es um die Frage, ob er sachlich gerechtfertigt ist. Wir halten es für sehr bedenklich, zu den bereits vorhandenen Steuern noch eine Sondersteuer zu schaffen.

Abg. Kieffer (nl.): Wir lehnen den Antrag ebenfalls ab.

Abg. Dose (Sp.): Auch wir wollen keine Gelegenheitssteuer, wir halten die Steuer vielmehr sachlich für gerechtfertigt.

Abg. Wilm (Sp.): Wir lehnen den Antrag ab. Nach weiterer Debatte wird der Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

In der sorgfältigen Beratung begründete Abg. Waldstein (Sp.) einen Antrag, die

Sparkassen von der Umsatzsteuer zu befreien

oder doch wenigstens geringere Sätze zu erheben.

Abg. Kieffer (nl.) will die Ausnahmestellen für die Sparkassen nicht gelten lassen für Kassen, die zum Betriebe von Bankgeschäften mit Spard- und Giroverkehr zugelassen sind.

Abg. Erberger (Zentr.) tritt für Erleichterungen zugunsten der Kreditgenossenschaften und ihrer Verbandsstellen ein.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) für einen Antrag, die Reichsbank und die Staatsbanken für die Haben-Zinsen, die sie für die ihnen überlassenen Reichs- oder Staatsgelder bezahlen, zu befreien.

ten Bedenken geäußert und größere Sicherheiten dagegen verlangt, daß sich gewerbliche Brenneren zu landwirtschaftlichen Brenneren durchmogeln.“ § 5 wurde aber schließlich mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

## Die Kohlenfragen.

Der Reichstagsauschuß für Handel und Gewerbe verhandelte am Dienstag über die Kohlenfrage, insbesondere über die Versorgung der Städte mit Hausbrand. Ein Vertreter des Reichskohlenkommissars gab der verantwortlichen Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund der Erfahrungen des vorigen Jahres eine befriedigende Versorgung der Bevölkerung mit Kohle möglich sein werde. Die leichteren Versorgungsbedingungen des Sommers würden voll ausgenutzt werden. Ein Zentrumsredner hob den Ernst der Lage hervor, der durch die Knappheit an Lebensmitteln und an Kleidung vergrößert werde. Die Regierung könne auf Grund ihrer Maßnahmen zuversichtliche Hoffnungen hegen, aber in der Praxis sieht die Sache manchmal anders aus. Ein national-liberaler Abgeordneter verlangte die größtmögliche Ausnutzung aller leer laufenden Eisenbahnanlagen und erörterte die Hilfs- des Kohlenmangels. Ein Fortschrittler meinte, daß von einer Befreiung der Kohlenbesteuerung bis jetzt nichts zu erwarten sei. Für den kommenden Winter müsse unter allen Umständen wenigstens die Kohlenfrage zur Befriedigung der Bevölkerung gelöst werden. Von anderen Rednern wurde angeregt, die Gemeinden möchten schon jetzt Bezugsverträge für den Winterbedarf ausgeben, damit sich nicht im Herbst bei gezeigten Beförderungsfortschritten alles zusammenhängt. Zu den Arbeiten sollte man in erhöhtem Umfang Seemanns und Arbeiter aus neutralen Ländern und den besetzten Gebieten heranziehen. Der Vertreter des Reichskohlenkommissars sprach ausführlich die Gründe für den bedauerlichen Mangel an Kohle. Die Frierung des gesamten Winterbedarfs schon im Sommer sei unmöglich. Der Reichskohlenkommissar werde mit allen in Frage kommenden Behörden und Personen engste Fühlung halten.

Nach weiterer Aussprache wurde eine Entschließung an-

genommen, die verlangt, daß die Kohlenförderung mit allen Mitteln gefördert wird bis zur vollen Ausnutzung der Förderungs-möglichkeiten der Zonen, damit insbesondere die Versorgung mit Hausbrand nicht durch den Mangel an Kohle in gefährlicher Weise beeinträchtigt werden kann. Für die Kohlenförderung soll auch in der Weise gesorgt werden, daß die Wasserstraßen stets eine genügende Zahl von Schiffen samt den dazu gehörenden Mannschaften zu erträglichen Frachtpreisen zur Verfügung steht.

## Ueber 205 000 Gefangene.

Berlin, 11. Juni. Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an die Deutschen verloren haben, hat sich auf über 205 000 erhöht. Desgleichen ist die Zahl der Gefangenen zwischen Ostpreußen und Polen an 205 000. Die Entente hat nunmehr auf den verlassenen Antriebsfronten das gesamte über 270 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungszone mit ungenügenden Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben sich zu ungeheuren Zahlen verdichtet.

## Der neueste Vorstoß.

Geldgewinn bis zu 7 Kilometer Tiefe.

Berlin, 11. Juni. Der Angriff der Armees des Generals v. Hutier südwestlich von Nogon trat einen Frontanstoß des Feindes, auf dem der Gegner einen Angriff erwartete und erwartete nicht. Am 10. Juni hat die Entente in den neuen deutschen Sieges, wie ihn die Entente in ihren übermaterialistischen niemals erliegen konnte. Die neue Kraft war gegen gesammelte und vorbereitete französische Infanterie und unter Berücksichtigung, die dem Gegner Grund vorhoffnungen auf einen glücklichen Ausgang des Kampfes geben konnten. Die Ausgansstellungen der deutschen Sturmtruppen der Armees v. Hutier boten hier Schwierig-